

Resolution des Bundesausschusses der Arbeiterwohlfahrt Ein Sozialstaat für die Zukunft – Warum wir uns Armut nicht leisten können

Die Arbeiterwohlfahrt fordert die Bundesregierung und alle demokratischen Parteien auf, endlich eine echte und sozial gerechte Kindergrundsicherung einzuführen, das schädliche Sparen um jeden Preis einzustellen und die Einnahmeseite des Staates gerechter zu gestalten.

12,3 Millionen Menschen in Deutschland sind armutsgefährdet - darunter knapp drei Millionen Kinder und Jugendliche. Diese Zahl ist nicht weniger als ein Skandal und sie ist kein Ergebnis der letzten Jahre: Soziale Ungleichheit und ungerechte Vermögensverhältnisse werden politisch seit Jahrzehnten nicht nur geduldet, sondern teils befeuert.

Die Debatte um die Kindergrundsicherung steht symbolisch für ein gravierendes Problem: **Die Bundesregierung diskutiert gerne darüber, wofür das Geld fehlt.** Worüber sie nicht spricht, ist die Frage, wie viel vermeintliche Sparsamkeit wir uns eigentlich leisten können und wo das fehlende Geld herkommen kann.

In unseren Einrichtungen und Diensten erleben wir tagtäglich, was es bedeutet, wenn Kinder und Jugendliche in Armut aufwachsen: Sie sind in so gut wie jedem Bereich ihres Lebens eingeschränkt, ihre Eltern stehen unter erheblichem Druck und sie müssen täglich mehr leisten als andere Kinder und Jugendliche, um auch nur annähernd gleiche Chancen zu haben. Gleichzeitig sehen wir, dass das Ausmaß der Kinderarmut in unserem Land auch Folgen für unser gesellschaftliches Zusammenleben hat. Wer in Armut aufwächst, wird um die Chance gebracht, die Demokratie als solidarische Gesellschaftsform zu erleben.

Kinderarmut ist ein Thema der gesamten Gesellschaft, wer sie duldet und es unterlässt, sie zu bekämpfen, gefährdet auch unsere Demokratie.

Mit der Kindergrundsicherung, wie wir als Arbeiterwohlfahrt sie seit Jahren fordern, könnte man Kinderarmut pragmatisch und wirksam begegnen. Seit 2009 kämpfen wir mit dem Bündnis KINDERGRUNDSICHERUNG für einen Neustart in der Familienförderung, der

- armutsfest ist, das heißt eine ausreichend hohe Existenzsicherung garantiert,
- für Umverteilung sorgt, das heißt durch Steuern arme Kinder nicht schlechter stellt als Kinder aus reichen Haushalten und
- Verantwortung dafür übernimmt, dass alle die Leistungen bekommen, die ihnen zustehen und so verdeckte Armut verringert.

Die Bundesregierung hat nun einen Vorschlag unterbreitet, der diesem Anspruch kaum gerecht wird. Aber selbst dieser kleinste verbliebene Nenner zwischen den Ampel-Parteien ist weit von einem Beschluss durch den Bundestag entfernt.

Wir fordern die Bundesregierung und alle demokratischen Parteien deshalb dazu auf, eine echte, wirksame Kindergrundsicherung auf den Weg zu bringen! Sie könnte ein erster Schritt sein, von der Strategie des „Sparens um des Sparens willen“ wegzukommen und Politik wieder an Fortschritt auszurichten, statt an fiktiven Sparzielen. Auch die Einnahmeseite muss betrachtet werden: Ohne eine gerechte Besteuerung von Vermögen, Erbschaften und hohen Einkommen können wir die Herausforderungen unserer Zeit nicht stemmen.

Neben das konkrete politische Handeln muss auch ein Umdenken in der breiten Öffentlichkeit treten, zu dem wir als Arbeiterwohlfahrt beitragen müssen. **Als sozialpolitisch aktiver Verband ist es unsere Aufgabe, über soziale Ungerechtigkeit zu sprechen und Menschen dafür zu gewinnen, sich politisch dagegen einzusetzen.** Gleichheit und Gerechtigkeit gehören zu unseren Grundwerten. Dass die ungleiche Verteilung von Einkommen und Vermögen oft am Rand der öffentlichen Debatte steht, muss uns alle beschäftigen.